

Pulsnitzer Tageblatt

Kerspracher 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz
Postfach-Konto Dresden 21 38. Giro-Konto 148

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz



Anzeigen-Grundzahlen in Pf.: Die 41 mm breite Zeile (Post's Stellenmesser 14) 1 mm Höhe 10 Pf., in der Amtshauptmannschaft Kamenz 8 Pf., amtlich 1 mm 30 Pf. und 24 Pf.; Reklame 25 Pf. Tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. — Bei zwingender Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme.

— — — **Er scheint an jedem Werktag** — — —
Für Fälle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Vertriebsanstalten, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft u. des Finanzamtes zu Kamenz des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz W. S., Großhörn, Dretzig, Hauswalde, Ohorn, Oberkeina, Niederkeina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Pichtenberg, Klein-Dittmannsdorf

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2

Druck und Verlag von G. G. Förster & Erben (Inb. F. W. Mohr)

Schriftleiter: F. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 77

Dienstag, den 1. April 1930

82. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Auf Blatt 231 des Handelsregisters, die Firma **E. C. Großhans Nachf.** in Pulsnitz betreffend ist heute eingetragen worden:

Die Gesellschafter

- a) Marie Lina verw. Hübler geb. Gräbe
- b) Lina Katharina vhl. Neumann geb. Hübler
- c) Anna Maria Hübler

sind ausgeschieden. Die Gesellschaft ist aufgelöst.

Paul Erich Hübler führt das Handelsgeschäft unter der bisherigen Firma allein weiter.

Amtsgericht Pulsnitz, den 24. März 1930

Im Monat April 1930 werden folgende Steuern fällig:

am 1. d. Mts.

Beiträge zur Landesbrandkasse nach 1 1/2 Pf. je Versicherungseinheit.
Feuerschutzsteuer | Steuerbescheide sind mitzubringen.
Schleusengebühr

am 5. d. Mts.

Aufwertungssteuer. Die Pflichtigen werden aufgefordert, die fälligen Beträge zur Vermeldung zwanngswieser Beitreibung pünktlich an unser Steueramt abzuführen. Schriftlich: Mahnung erfolgt nicht.

am 15. d. Mts.

Staats- und Gemeindegrundsteuer, 1. Termin Vorauszahlungen 1930. Bis zur endgültigen Veranlagung der Grundsteuer für das Rechnungsjahr 1930 sind Vorauszahlungen in der bisherigen Höhe abzuführen.

Wasserschuld für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1930.

Sundesteuer. Die Einhebung erfolgt in der üblichen Weise durch unsere Ratsboten a. D., Herrn Hugo Burig.

Vom Tage der Fälligkeit der Steuern ab entstehen Verzugszinsen in Höhe von 10 v. H. jährlich.

Das Mahnverfahren beginnt am 22. April ds. Js.

Pulsnitz, am 31. März 1930

Der Stadtrat.

Mittwoch, den 2. April 1930, vorm. 11 Uhr, sollen in Pulsnitz, Restaurant zum „Bürgergarten“

1 Tisch, 2 Stühle mit Lehne, 1 Schreibmaschine (Remington), 1 Tafel mit Fächern, 100 000 m Schürzenwäschband, 1 Abrihtemaschine meistbietend gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Pulsnitz, am 1. April 1930.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Das neue Kabinett.

Das Kabinett Brüning, das über Sonntag zustande gekommen ist, und dessen Zusammensetzung durch Hineinnahme von drei neuen Ministern einen ganz besonderen Charakter bekommen hat, begegnet in der Presse natürlich allergrößter Beachtung. Alle Blätter beschäftigen sich mit den Aussichten der neuen Reichsregierung. Um die Person des Ernährungsministers Schiele dreht sich der größte Teil der Zeitungsberichterstattungen, und je nach der Einstellung des Blattes zu den Parteien stellt man dem neuen Kabinett ein gutes oder schlechtes Horoskop.

Der „Vorwärts“, das Zentralorgan der Sozialdemokraten, stellt dem Kabinett Brüning keine lange Lebensdauer in Aussicht. Das Blatt beschäftigt sich vor allen Dingen mit der Person des als Minister für die besetzten Gebiete aufgenommenen Abgeordneten der volkserhaltenden Partei Srebranus. Es schließt seine Betrachtung über das neue Kabinett mit den Sätzen: „Die Stellung der Sozialdemokratischen Partei zu dieser Regierung ist klar vorgezeichnet — es ist die Stellung der entschiedenen Opposition. Die Sozialdemokratie wird vom ersten Tage an bestrebt sein, diese Regierung zu beseitigen.“ — Die Blätter der demokratischen Presse urteilen verschieden über das Kabinett Brüning. Sehr günstig schreibt Georg Bernhard in der „Bosnischen Zeitung“: „Die jetzige Kombination, deren Personenzusammensetzung erneut zeigt, daß Deutschland in dem gleichen Maße erfahrene und verantwortungsvolle Politiker zur Verfügung hat wie andere Länder, ist nicht organisch gewachsen, sondern ganz aus dem reichen Buch der parlamentarischen Mehrheiten geboren. Und das Wertwürdigste daran ist, daß das neue Kabinett trotz aller Regierunftsrisiken nicht einmal eine natürliche Mehrheit im Reichstag hat. Trotz aller Bedenken wirtschaftlicher Natur sehen wir politisch in der Zusammensetzung des neuen Kabinetts einen nicht zu unterschätzenden Fortschritt.“ Bernhard sieht vor allen Dingen in der Person des Reichskanzlers Dr. Brüning eine Gewähr für geschickte und ehrliche Arbeit. — Weniger günstig beurteilt Theodor Wolff („Berliner Tageblatt“) das Kabinett Brüning. In einem langen Artikel, in dem er sich mit dem Wfsall der Sozialdemokratie beschäftigt, kommt er zu dem Ergebnis, daß ein Kabinett nur lebensfähig und zugleich für die Demokratie erträglich sein könne, das auf die Unterstützung durch sozialdemokratische Stimmen rechnen dürfe. — Der „Montag Morgen“ meint: „Wir werden, was immer auch kommen möge, eine Regierung haben, die für ihre Taten wenigstens die Verantwortung trägt. Und das ist schon viel.“ — In der „Welt am Montag“ erklärt Helmut von Gerlach, der Prüfling für das neue Kabinett müsse der Handelsvertrag mit Polen sein.

Die der Volkspartei nahestehende „Deutsche Allgemeine Zeitung“ betont: Das neue Kabinett habe keine politische Prägung in erster Linie durch die Person des neuen Reichskanzlers, der sich in verhältnismäßig kurzer Zeit hohes politisches Ansehen über die Grenzen seiner Partei hinaus erworben habe, dann aber vor allem durch die Teilnahme des Landwirtschafers Schiele, der das Reichsernährungsministerium übernimmt. Wörtlich heißt es in dem Blatte weiter: „Es ist sicher, daß diese Tatsache nicht nur für die Landwirtschaft von größter Bedeutung sein, sondern ihre Auswirkung auch auf das gesamte Parteiwesen der Rechten in Deutschland geltend machen wird.“ — Die „D. A. Z.“ kommt zum Ergebnis, daß die Liste der Männer, die Dr. Brüning um sich versammelt hat, die Gewißheit gibt, daß in

Einführung Dr. Brüning in das Reichskanzleramt

Der frühere Reichskanzler Müller hat am Montag um 11 Uhr dem neuernannten Reichskanzler Dr. Brüning in feierlicher Form die Geschäfte übergeben. Staatssekretär Dr. Bründer hielt eine Ansprache, in der er dem neuen Reichskanzler versicherte, daß die Beamten der Reichskanzlei die Geschäfte mit voller Hingabe fortführen werden. Müller verabschiedete sich in einer längeren Rede.

Der Reichspräsident empfing am späten Nachmittag die Mitglieder des Kabinetts. Sämtliche Mitglieder des Kabinetts mußten neu vereidigt werden, und zwar, weil das Ministergesetz vom 27. März 1930, das die Neuordnung der Pensionen vorsieht, gleichzeitig auch eine neue Eidesformel für die Mitglieder des Kabinetts festgelegt hat. Bisher lautete die Eidesformel: „Ich schwöre Treue der Verfassung, Gehorsam den Gesetzen und gewissenhafte Erfüllung meiner Amtspflichten.“

Die neue Eidesformel lautet:

„Ich schwöre, ich werde meine Kräfte für das Wohl des deutschen Volkes einsetzen, die Verfassung und die Gesetze des Reiches wahren, die mir obliegenden Pflichten gewissenhaft erfüllen und meine Amtsgeschäfte unparteiisch und gerecht gegen jedermann führen.“ Die Beifügung einer religiösen Formel ist bei dem Eid zulässig.

Die Uebergabe der Amtsgeschäfte erfolgte in den einzelnen Ministerien am Montag oder Dienstag vormittag. Der neue Ernährungsminister Dr. Schiele hat bereits die Geschäfte des Reichsernährungsministers übernommen. Der Wechsel im Reichsverkehrsministerium, in das der frühere Reichsverkehrsminister v. Guérard wieder einzieht, ist auch schon vollzogen. Dr. Schiele hat in einem Schreiben an den Reichstagspräsidenten sein Reichstagsmandat niedergelegt. Sein Nachfolger wird im Wahlkreis Magdeburg General Bartenwerfer, der langjährige artilleristische Mitarbeiter des Großen Hauptquartiers.

Des Reichspräsidenten Wünsche für die neue Regierung

Im Anschluß an die Vereidigung des neuen Kabinetts hat der Reichspräsident den Mitgliedern der Reichsregierung seine aufrichtigen Wünsche für erfolgreiche Arbeit im Dienst des Vaterlandes ausgesprochen. Er betonte hierbei, daß Sanierung der Finanzen und Rettung der deutschen Landwirtschaft, insbesondere des landwirtschaftlichen Ostens, die dringendsten Gebote der Zeit seien.

Die erste Sitzung des neuen Reichskabinetts.

Berlin. Am Montag nachmittag trat das neue Reichskabinett zu seiner ersten Sitzung zusammen. Gegenstand der Besprechung bildete die Regierungserklärung, die am Dienstag nachmittag vor dem Reichstag abgegeben wird. Nähere Einzelheiten über die Aussprache wurden nicht bekanntgegeben. Am Dienstag vormittag fand nochmals eine kurz. Ministerbesprechung statt, in der die Regierungserklärung endgültig formuliert wurde.

Die parlamentarischen Aussichten des neuen Kabinetts.

Der Stellungnahme des Reichstages zu dem Gesamtprogramm des neuen Kabinetts Brüning wird man mit um so größerer Spannung entgegensehen dürfen, als die Parteien, die aller Voraussicht nach sicher hinter der Regierung stehen werden, nur über 183 Stimmen verfügen. Es sind dies: Zentrum 61, Deutsche Volkspartei 45, Wirtschaftspartei 23, Demokraten 25, Bayerische Volkspartei 17, Volkserhaltende 12. Dieser Gruppierung stehen 308 Abgeordnete der übrigen Parteien gegenüber. Für den Fall der Einbringung eines sozialdemokratischen Mißtrauensvotums, das, wenn es ernst gemeint ist, unbegründet sein und lediglich feststellen würde, daß die Reichsregierung nicht das Vertrauen des Reichstages besitzt, würden selbst bei einer deutschen nationalen Stimmenthaltung voraussichtlich 221 Abgeordnete der Opposition für das Mißtrauensvotum stimmen, und zwar: SPD. 153, KPD. 54, Nationalsozialisten 12 und Volkserhaltende 2. Für eine etwaige Stimmenthaltung blieben 87 Abgeordnete übrig, und zwar: Deutschnationale 65, Hannoveraner 4, Deutsche Bauern 8 und Christlich-Nationale 10.

Die Haltung, die die Deutschnationalen sowohl dem Regierungsprogramm wie auch einem etwaigen sozialdemokratischen Mißtrauensvotum gegenüber einnehmen würden, liegt noch nicht fest. Eine Stimmenthaltung der Deutschnationalen etwa unter dem Hinweis, daß das neue Kabinett den ersten Willen zu einer bürgerlichen Koalition durch eine Einwirkung im Sinne einer Veränderung auch in Preußen zu beweisen hätte, würde dem Kabinett noch immer keine Mehrheit sichern. Hinzu kommt, daß bei den Demokraten einige Verstimmung herrscht. Durch die der Fraktion vorher unbekannt gebliebene Ernennung Dietrichs zum Stellvertreter des Reichskanzlers hat Brüning die Demokraten dem neuen Kabinett mehr verpflichtet, als es ihnen offenbar lieb gewesen ist. Ein weiterer größter Unsicherheitsfaktor in der Mehrheitsberechnung dürften 30 bis 40 Urlauber sein, die sich aus allen Parteien zusammenrechnen.

Stegerwald zur wirtschaftlichen Lage Deutschlands.

Duisburg. Hier sprach in einer Kundgebung der christlichen Gewerkschaften Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald über Deutschlands gegenwärtige wirtschaftspolitische Lage. Der wirtschaftliche Gewinner des Krieges, so führte er u. a. aus, sei Amerika. Es habe vor 1914 16 Milliarden Mark Schulden an Europa gehabt, heute habe es umgekehrt 60 Milliarden Guthaben an die europäischen Staaten. Deutschland hatte vor dem Kriege 25 bis 30 Milliarden Mark Guthaben in der Welt; heute sei es, wenn man den Young-Plan kapitalisiere, mit etwa 50 Milliarden Mark an fremde Staaten verschuldet. Dabei brauche Deutschland so große Kapitalmengen wie wenige andere Länder, weil es eben ein überwiegend industrielles Land sei.

Deutschland sei eingeteilt zwischen zwei entgegengesetzten Wirtschaftsauffassungen, zwischen der des kommunistischen Auslands auf der einen und jener der hochkapitalistischen

